

# Der moralische Zeigefinger von Attac weist in die Irre!<sup>1</sup>

(Erste Stellungnahme)

von

Tristan Abromeit

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

6. März 2008

Text 59.1

Zu der Attac-Meldung vom 3. 3. 2008 in einem Verteiler der Bündnisgrünen:

Betreff: [attac-d-presse] Steuerskandal:  
Erklärung der Wissenschaftlichen Beiräte  
von Attac Deutschland und Frankreich  
„Die Lunte am neoliberalen Pulverfass?“

Da ich grundsätzlich für offene Informationskanäle bin (und solche auch manchmal selber nutze), begrüße ich auch Informationen von Attac, die ich über eine grüne Mailing-Liste erhalte. Wenn ich aber meinen betreffenden E-Mail-Ordner ansehe, habe ich manchmal das Gefühl, daß unser OV der Bündnisgrünen eine Außenstelle von Attac ist.

Die Themen von Attac sind ja nun auch oft Themen der Bündnisgrünen. Aber manchmal wäre es sicher sinnvoll, wenn Attac-Meldungen nicht nur weitergereicht, sondern auch aus grüner Sicht kommentiert würden. Bei der Äußerung dieses Wunsches muß ich allerdings zugeben, daß ich oder andere nicht erwarten können, daß die Kommentare aus heutiger grüner Sicht besonders erhellend wären. Damit unterstelle ich den Bündnisgrünen keinen Willen zur Desinformation, sondern konstatiere nur, daß sie in Bezug auf unsere ökonomischen Probleme genauso mit einem Stab im Nebel herumstochern wie Attac und andere Gruppen.

Es ist eine Erklärung nicht deshalb gut, weil Attac darüber oder darunter steht. Attac ist (noch)

---

<sup>1</sup> Diese Stellungnahme habe ich spontan als E-Mail nach Erhalt der Nachricht geschrieben. Später stellte ich fest, daß ich die E-Mail nicht zum Versand gebracht habe. Ich habe die Chance genutzt, meinen Text nochmals zu überarbeiten. Im Hinblick auf die Zielgruppe "Bündnisgrüne" finde ich den Text auch i. O. . Aber in Bezug auf die Attac-Themen habe ich das Bedürfnis "nachzulegen". Daher folgt ein zweiter Durchgang.  
TA

eine Protestgruppe, wie sie die Grünen einst waren, bevor sie eine ganz normale Partei wurden. Der Protest gegen Wirkungen oder Ergebnisse von Politik bedeutet aber noch nicht, daß die Protestler auch mit ihren Diagnosen und Lösungsvorschlägen richtig liegen. Die Grünen sind der Beweis dafür, daß ein Protest völlig daneben gehen kann, ja sogar noch das fixieren oder verschlimmern kann, was durch den Protest beseitigt werden sollte.

Bei der Diskussion um die großen Steuerhinterzieher geht völlig unter, daß deren Verhalten sich prinzipiell nicht unterscheidet von dem der kleinen Steuerhinterzieher. Nur sind die kleinen Steuerhinterzieher in der Regel Arbeitnehmer, die vom Staat bei den Arbeitseinkommen genau kontrolliert werden und sich daher nur durch Schwarzarbeit und Verschweigen von Nebeneinnahmen schadlos halten können. Siehe dazu im Anhang II den Bericht der HAZ „Steuerfahnder erfolglos im Kampf gegen Schwarzarbeit“.

Und vor allem wird in der Presse, in der Politik und bei Organisationen wie Attac nicht thematisiert, daß der moderne Staat der größte Raubritter aller Zeiten ist. Die Steuerhinterziehung ist also nur der Versuch, sich gegen die Gier des Übervaters mit dem Namen Staat zu wehren. Und dieser gierige Übervater wird auch von den grünen PolitikerInnen repräsentiert und gestützt.

Ein Großteil der öffentlichen Empörung über die Steuerflucht halte ich auch für unehrlich, weil dahinter das Verlangen steht, selber zu Lasten anderer mehr vom Staat zu bekommen. Und mehr vom Staat kann man sich erhoffen, wenn dieser mehr Einnahmen hat und die eigenen Interessen in der Regierung und im Parlament gut vertreten werden.

Daß heutzutage viele Menschen auf zusätzliche Unterstützung durch den Staat angewiesen sind, ist leider eine Tatsache. In der Plusminusendung war gestern (4.3.2008) zu hören (und ist jetzt im Internet nachzulesen):

„Ohne Kombilohn würden viele Familien verarmen. Knapp 480.000 Vollzeit-Arbeiter wie erhalten Kombilohn. Die Zahl der Aufstocker hat sich in den letzten 3 Jahren fast verdoppelt. Der Familie Martin stehen monatlich 1.200 Euro netto zur Verfügung - damit leben sie unterhalb der Armutsgrenze.“ ...

Das sind nicht nur unsoziale Verhältnisse, sondern marktwirtschaftlich gesehen, idiotische und das wird sofort einsichtig, wenn man folgende Situation bedenkt: Da geht einer zum Bäcker oder Schlachter und kauft ein und sagt: „Ich kann Dir nur den halben Preis bezahlen, die andere Hälfte mußt du dir vom Landwirtschaftsminister holen!“ Die Politik sorgt durch verwerfliche Unterlassungen oder / und falsche Entscheidungen dafür, daß die Menschen von der Politik abhängig bleiben, damit die Politik weiterhin ihre Großmannssucht mit sozialen Gestus und dem Geld der Bürger ausleben kann.

Das, was von der orientierungslosen Politik erzeugt wird, ist der Eindruck, als fürchte sie nichts so sehr als den vom Staat unabhängigen Bürger, der seine Angelegenheiten selber regelt und sich selber und die Seinen ernähren kann.

Und das, was bei den Staatsbesessenen - die ihr eigenes Ego mit einer "wichtigen" Rolle im Staatsgetriebe aufzubessern versuchen - vermutet werden kann, ist, daß Ihnen jeder Terroranschlag und jede Steuerhinterziehung willkommen ist, weil ihnen dadurch Gründe geliefert werden, daß sie den BürgerInnen immer mehr Kontrollen unterwerfen und immer mehr Fesseln anlegen können.

Aus der Stellungnahme der Attac-Beiräte:

Es ist diese Geisteshaltung im Banne des realen Neo-Liberalismus - eine neue Mentalität -, es ist diese Gier nach Höchstprofiten, die nach 20 Jahren Neoliberalismus die kriminelle Energie zur Steuerhinterziehung erzeugt. Die starke Zunahme der Ungleichheit fördert die Arroganz und den völligen Mangel an Unrechtsbewusstsein bei den herrschenden Eliten und führt schließlich dazu, dass alle Grenzen ignoriert werden. Da es keinerlei Hindernis für den freien Fluss des Kapitals gibt, kann dieses nach Belieben Unternehmen restrukturieren und Standorte verlagern. Da es keine Grenzen der Ungleichheit mehr gibt, wären die Ritter der Rendite ja auch dumm, wenn sie noch Skrupel hätten!

Erstens wird auch von den Attac Beiräten unterschlagen, daß das Wort „Neoliberalismus“ mit zwei Begriffen belegt ist. Der Neoliberalismus erster Prägung (nach dem zweiten Weltkrieg / auch Ordoliberalismus genannt) hat mit betimmt, was ursprünglich mit „Soziale Marktwirt-

schaft“ gemeint war, aber gescheitert ist. Der neue Neoliberalismus war und ist eine Abwehrreaktion auf die zunehmende Bürokratisierung der Nationalwirtschaften und der Weltwirtschaft, aber eine in Bezug auf den Maßnahmen oft blind und keine sachlicher Kritik standhaltende Ökonomieschule. Der Ordoliberalismus in einer Ehe mit der Freiwirtschaft<sup>2</sup> hätte das Vakuum, daß der Zusammenbruch den der Leninismus / Marxismus hinterlassen hat, zukunftsweisend ausfüllen können. Die oberflächliche Wahrnehmung der ökonomischen Möglichkeiten oder die Befangenheit in Ideologien hat das verhindert. Statt dessen hat sich in Rußland der Neo-Neo-Liberalismus mit den zu erwartender negativer Wirkung breit gemacht. Diesen Neoliberalismus zweiter Prägung mit Mitteln – die der Zentralverwaltungswirtschaft zuzuordnen sind - zu bekämpfen, also mit Instrumenten zu bekämpfen, die ihn erst auf den Plan gerufen haben, zeugt nicht von strategischer Überlegenheit der Kritiker.

In der Zielbeschreibung mögen die beiden Neoliberalismen vielleicht Übereinstimmungen haben, in den Maßnahmen offenbaren sich die Gegensätze. Den Ordoliberalen war bewußt, daß eine zufriedenstellende Marktwirtschaft kein Naturprodukt ist. Und hätte die Kooperation der Ordoliberalen mit den Freiwirtschaftlern<sup>3</sup> in der *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft* länger gedauert, wären sicher auch tragbare Konzepte zur Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft erarbeitet worden. Aber ökonomische Theorie-Arbeit kann sich selten von politischen Einflüssen frei halten, so daß die Konzepte schon deformiert werden, bevor sie ausgereift sind.

Zweitens wird der Nicht-Begriff Neoliberalismus - wie auch das Wort Globalisierung - als eine Benennung eines nicht ganz zu fassenden Unbehagens verwendet wie historisch die Begriffe: „Unternehmer“, „Juden“, „internationale Finanzmacht“, „Multis“ ... Das ist keine gute Voraussetzung für die rationale Durchdringung der Probleme und die Findung von Lösungen. Auch ist deutlich zu spüren, daß die Anhänger der Zentralverwaltungswirtschaft wieder auf Oberwasser hoffen. Es wird dabei nicht wahrgenommen, daß aber diese Denkrichtung, die auch in der Stellungnahme „Die Lunte ...“ prägt, für die künftige Entwicklung der Gesellschaften genauso gefährlich ist, wie jene der Neoliberalen zweiter Prägung.

Selbstverständlich sind die Verwerfungen beim Einkommen und die Konzentration beim Ver-

2 Das eine dezentrale Ökonomieschule, die von Silvio Gesell vor über 100 Jahren begründet wurde.

3 Freiwirtschaftler sind Menschen, die es für möglich halten, die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu befreien.

mögen ein Problem. Aber Kapitalverkehrskontrollen und Umverteilungsversuche via Fiskalpolitik sind sowohl nach der Erfahrung wie auch theoretisch keine Lösungen. Solche Maßnahmen fördern nur den starken Trend zur Bürokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens und machen die BRD der untergegangenen DDR immer ähnlicher.

Die ersten grünen politischen Zellen wurden von Mitgliedern der Freiwirtschaftsschule gebildet, die dazu beitragen wollten, genau diesen Komplex in Freiheit unter ökologischen Gesichtspunkten aufzulösen. (Sogar die politische Signalfarbe „grün“ stammt von ihnen.) Das dies nicht gelungen ist, hat folgende Gründe:

1. Da sich das Wissen der Freiwirtschaftsschule nur unter der Bedingung der Ausgrenzung (aus dem Hochschulbereich) weitergetragen werden konnte, war diese Gründungsgruppe personell zu schwach, um neben der Aufbauarbeit auch noch ihre Inhalte in die neue Partei zu tragen.
2. Der Transport der Inhalte wurde auch durch die herrschende Begriffsverwirrung um die Worte Kapitalismus und Marktwirtschaft erschwert.
3. Die Nur-Ökologen hatten ein unterentwickeltes Verständnis für Ökonomieprobleme.
4. Die normale Hochschulabsolventin (und ihr männliches Gegenstück), die über die Grünen in die Politik einstieg, hat natürlich das inhaltlich dort eingebracht, was sie in ihrer Schule, Berufs- oder Hochschule gelernt hat, aber dies war ja in der Regel das Wissen, was zu den Zuständen geführt hatte, die die Gründung der Grünen erforderlich machte. Mit anderen Worten: Wenn die neuen zuströmenden Mitglieder der Grünen nicht anderen Strängen der Wissensaufnahmen - als den offiziellen - ausgesetzt waren, dann waren sie gleichzeitig Förderer und Zerstörer des grünen gesellschaftlichen Aufbruchs. Aus dieser Einsicht heraus - die offensichtlich keine der Mehrheit war - wurde davor gewarnt, sich auf politische Machtspiele - z.B. durch Regierungsbeteiligungen - einzulassen, bevor überhaupt klar war, welche Ursachen zu den gesellschaftlichen Zuständen geführt haben, welche Lösungen angeboten wurden oder gefunden werden mußten und welche Aufgabe die Grünen bei einer Neuformartierung der Gesellschaft überhaupt zu übernehmen hätten.
5. Denjenigen Akteuren, die aus der grünen Bewegung heraus eine Partei gründen wollten, war klar, daß ein genügend großer Platz in den Parlamenten, als die wesentlichen Orte der Gesellschaftsgestaltung erobert werden mußte. Im Nachhinein wissen wir, daß die Skeptiker mit ihrer Antiparteienhaltung gar nicht so weltfremd urteilten, wie es damals schien. Die Parteigründer waren sich aber in Bezug auf Offenheit oder Abgrenzung nach Links (und rechts) auch nicht einig. Durchgesetzt haben sich jene, die eine Öffnung auch zu den K-Gruppen befürworteten - zu denen ich auch gehörte - um die Chance, die wettbewerbsfeindliche 5%-Hürde zu nehmen, zu erhöhen. Den westdeutschen Marxisten (unterschiedlicher Prägung) bot sich dadurch die Chance aus ihrer Isolierung herauszukommen. Aber in ihrer Fehleinschätzung, durch Stimmungsmache in den Landes- und Bundesdelegiertenkonferenzen, alle Grünen zu Marxisten machen zu können, haben sie sich und der Partei erheblichen Schaden zu gefügt.<sup>4</sup>

---

4 Wenn mir die Frage gestellt würde, wer denn mehr den grünen Aufbruch zum Abbruch gebracht hat: Mitglieder wie Jutta Ditfurth oder Joschka Fischer, wäre ich zögerlich, unentschieden.

6. Teile der Mitglieder der Grünen - wie unter c und d aufgeführt - haben verständlicher Weise - mit Unverständnis und Abwehr auf die Kapitalismusanalyse und die entsprechenden Lösungsansätze der Freiwirtschaftler reagiert, die marxistischen Freunde aber mit einer verlogenen als Antifaschismus getarnten aggressiven Konkurrenzabwehr. Um nicht restlichen Sympathien für linke Programmatik unter den Mitgliedern der Grünen und der Wähler zu gefährden, konnten sie nicht offen für den Marxismus und der Zentralverwaltungswirtschaft werben, um so notwendiger erschien ihnen wohl, einen zweifelhaften Antifaschismus als Platzhalter einzusetzen, bis die Zeit wieder reif ist für marxistische Gedankengänge. Wer etwas vom Freiheit spendenden Prinzip Wettbewerb verstanden hat, kann sich nicht über die Absicht aufregen. Zu kritisieren sind nur die Methoden. Wer die Freiwirtschaftler aus Konkurrenzneid als faschistisch oder faschistoid denunziert, macht sich selber unglaubwürdig und verzögert nur notwendige Reformen.

Das Resultat: Der Erfolg der Grünen der ist, daß sie die ökonomischen und strukturellen Verirrungen in unserer Gesellschaft nicht nur vermehrt und fixiert, sondern zusätzlich die Resignation und Parteienverdrossenheit unter den Bürgern vergrößert haben. Auch die Gründung der Partei *Die Linken* ist jedenfalls zum Teil ein Erfolg der Grünen, weil sie aus Gründen des Ehrgeizes einzelner Mitglieder indirekt eine Politik der SPD gefördert haben, die nicht den Markt aber wohl den Kapitalismus gestützt hat. Wenn keine neuen Perspektiven bietenden Rezepte auf den politischen Markt kommen, greifen die Menschen bei genügend großen Leidensdruck wieder zu alten, wenn auch untauglichen Rezepten. Die Stimmen der FDP-Wähler und der Linken hätten die Grünen leicht für sich verbuchen können, wenn sie ein Programm der Freiheit und Leistungsgerechtigkeit bei einer ökologischen Balance verfolgt hätte. Da sich in der Partei neue vorhandene Leitbilder nicht gegen die überkommenen durchsetzen konnten, muß sie noch eine Weile von den nostalgischen Andenken der Wähler und Mitglieder an den ursprünglichen grünen Aufbruch zehren. Die Frage ist: Ende oder Wende? Aber mit staatlichen Subventionen halten sich die Parteien über ihren inhaltlichen Tod hinaus organisatorisch am Leben.

Die Entwicklung vom Hoffnungsträger zum Totengräber wird Attac genauso machen wie die Grünen, wenn sie nicht zu einer radikalen Offenheit in Bezug auf die Analyse sozialökonomischer Verhältnisse durchringt und bei den von ihr geforderten Maßnahmen nicht der Staat weiter aufgebläht wird, sondern die individuelle Freiheit in sozialökonomischer Sicherheit und ökologischer Geborgenheit wächst.

Ich beklage hier verpaßte Chancen der Grünen und bin bei unseren nationalen und internationalen Problemen skeptisch gegenüber einer Hilfe durch Attac. Ich klage an dieser Stelle aber

keine Mitglieder an, weil jeder von uns (ohne Vergewaltigung) nur nach seiner Natur und seinen Vorstellungen handeln kann. Die Frage ist, wie wir herausfinden, welche Vorstellungen zukunftstauglich sind und wie wir diese dann in eine genügend große Anzahl von Köpfen bekommen, ohne daß wir uns diese bei der Erkenntnis- und Überzeugungsarbeit gegenseitig einschlagen. Von der Antwort hängt ab, ob ein besseres individuelles und kollektives Handeln in der Zukunft möglich ist. TA